

PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.

Goebenstr. 3a

30161 Hannover

www.bund-niedersachsen.de

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



FREUNDE DER ERDE

17. Februar 2011

Thema: Schutz der niedersächsischen Alleen

Region: Niedersachsen

Hintergrund: Anträge der CDU- und FDP-Fraktionen sowie der Grünen-Fraktion im Landtag

BUND begrüßt Anträge der Landtags-Fraktionen zum Alleenschutz Tempolimit und Schutzeinrichtungen würden zum Erhalt der Alleen beitragen

Heute bringen drei Fraktionen im Niedersächsischen Landtag Anträge zum Schutz der Alleen ein: CDU- und FDP-Fraktion haben sich auf einen Entwurf geeinigt, die Grünen bringen einen eigenen Antrag ein. Beide Anträge zielen nach Einschätzung des „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) Landesverband Niedersachsen e.V. in die richtige Richtung: Die Landesregierung muss sich dringend für den Schutz vorhandener Alleen einsetzen und auch die Neuanlage von Alleen weiterhin ermöglichen.

Denn seit 2009 gibt es die „Richtlinie für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (RPS 2009) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Sie würde dazu führen, dass künftig immer mehr Alleen in Niedersachsen verschwinden könnten. Die Richtlinie, für deren Umsetzung die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zuständig ist, schreibt einen Mindestabstand (je nach zugelassener Höchstgeschwindigkeit) zwischen Fahrbahnrand und Hindernissen vor. In Niedersachsen soll dies auch für Alleen gelten. Dieser Abstand ist bei älteren Alleen so gut wie nie gegeben. Ebenso wenig ist dort Platz vorhanden, um nachträglich Leitplanken aufzustellen. Das heißt: Mehr und mehr Alleen könnten aufgrund dieser neuen Richtlinie abgeholzt werden.

Dem Wortlaut nach ist die RPS 2009 allerdings nur für technische Hindernisse anzuwenden. Dazu gehören Alleebäume nicht, sie werden in der RPS gar nicht erwähnt. In Niedersachsen wird die RPS von der Straßenbaubehörde allerdings so ausgelegt, dass die Bäume ihr dennoch zum Opfer fallen könnten.

Parallel zur RPS gelten für den Ersatz einzelner Alleebäume und die Neuanpflanzung von Bäumen an Straßen nach wie vor die „Empfehlungen zum Schutz vor Unfällen mit Aufprall von Bäumen“ (ESAB 2006). Die ESAB sieht erst als allerletzten Schritt das Entfernen von Bäumen als denkbar an, wenn bauliche und/oder technische Maßnahmen nicht zielführend sind. Außerdem kann Niedersachsen für Straßen im eigenen Zuständigkeitsbereich den Pflanzabstand zum Fahrbahnrand reduzieren.

Denn Alleen sind für unsere Kulturlandschaft von unschätzbarem Wert: „Sie sind ein lebendiges Kulturerbe, ein unverwechselbares Wahrzeichen von Regionen, sie verbinden voneinander getrennte Lebensräume und sie bieten Brut- und Rastplätze für Vögel, Insekten und Kleinsäuger“, erläutert Dr. Marita Wudtke, Referatsleiterin für Naturschutz und Umwelt beim BUND Niedersachsen. „Alleen spenden zudem Schatten, verringern den Straßenlärm und binden Staub und Abgase.“

Der BUND begrüßt daher die Forderung der CDU- und FDP-Fraktion, dass Alleeen, die verkehrlich wenig ausgelastet sind und nicht unfallträchtig sind, von der Richtlinie ausgenommen werden sollten.

Der Umweltverband fordert jedoch – wie die Grünen-Fraktion im Landtag – darüber hinaus:

- ein schärferes Tempolimit für Alleestraßen, das dem Baumbestand angepasst ist;
- dass grundsätzlich Schutzeinrichtungen anstelle von Baumfällungen der Vorzug gegeben werden muss (z.B. Leitplanken um einzelne Bäume);
- dass vorhandene Alleestrukturen in den regionalen Raumordnungsprogrammen als geschützte Landschaftsbestandteile ausgewiesen werden sollten.

Neben der Richtlinie gibt es allerdings laut dem BUND weitere Gründe für die Gefährdung vieler wertvoller Alleeen: Tausalz im Winter, zu viel Stickstoff aus der Landwirtschaft, Beschädigungen der Wurzeln durch Straßenbau und Landwirtschaft, unsachgemäße Pflegemaßnahmen und Überalterung sowie unzureichende Nachpflanzung.

Der BUND arbeitet deshalb schon seit vielen Jahren daran, dieses lebendige Kulturerbe zu bewahren.

Kontakt und Rückfragen:

Dr. Marita Wudtke
Referatsleiterin für Naturschutz und Umwelt
BUND Landesverband Niedersachsen e.V.
Tel.: (0511) 965 69 – 18
E-Mail: marita.wudtke@nds.bund.net
Internet: www.bund-niedersachsen.de

Pressekontakt:

Carla Juhre
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
BUND Landesverband Niedersachsen e.V.
Tel.: (0511) 965 69 – 39 oder -0
E-Mail: carla.juhre@nds.bund.net
Internet: www.bund-niedersachsen.de